

<Staatswappen>

REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION

VERORDNUNG

vom 15. August 2015 Nr. 1561-r

MOSKAU

Das vorliegende Konzept der staatlichen Politik zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien wird gebilligt.

Vorsitzender der Regierung
der Russischen Föderation

D. Medwedew

GEBILLIGT
durch die Verordnung der Regierung
der Russischen Föderation
vom 15. August 2015 Nr. 1561-r

KONZEPT

Der staatlichen Politik zur Verewigung des Andenkens Der Opfer der politischen Repressalien

I. Allgemeine Charakteristik und gegenwärtiger Zustand der Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien

Charakteristisch für die Entwicklung der Russischen Föderation in der gegenwärtigen Etappe ist die erhöhte Aufmerksamkeit der Gesellschaft für solche wichtigen Faktoren der nachhaltigen Entwicklung des Landes wie die Hebung des Wohlstandes der Bürger und die Vervollkommnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit, eine effektive Staatspolitik zu entwickeln, damit die Gesellschaft zu einem Konsens bei der Gestaltung der wichtigsten sozialen Werte findet. Dabei geht es um die Schaffung notwendiger sozialer und ökonomischer Voraussetzungen für eine innovative Entwicklung des Landes und ein konstruktives Zusammenwirken der staatlichen Verwaltungsstrukturen mit den Institutionen der Zivilgesellschaft.

Im Konzept der langfristigen sozialökonomischen Entwicklung der Russischen Föderation im Zeitraum bis 2020, das durch die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation vom 17. November 2008 Nr. 1662-r gebilligt wurde, wird die führende Rolle bei der innovativen Entwicklung des Landes dem Humankapital zugewiesen, es soll also solch ein soziokulturelles Milieu geschaffen werden, in dem die Entwicklungsziele der Gesellschaft exakt umrissen und folgende Aufgaben beim Aufbau der nationalen Identität formuliert werden:

Der Aufbau eines Rechtsstaates, dem die Einhaltung der Menschenrechte, der Rechte der sozialen und ethnischen Bevölkerungsgruppen zu Grunde liegen;

die Harmonisierung der interethnischen Beziehungen innerhalb des Landes und Stärkung seines positiven Bildes im Ausland;

die Stärkung der sittlichen Anhaltspunkte für die Entwicklung der Gesellschaft und insbesondere die Herausbildung eines aktiven Patriotismus.

Russland kann nicht in vollem Maße Rechtsstaat werden und eine führende Rolle in der Weltgemeinschaft einnehmen, ohne das Andenken vieler Millionen seiner Bürger, die politischen Repressalien zum Opfer fielen, verewigt zu haben. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bewältigung der tragischen Erfahrungen Russlands, die das Land und seine Bürger nach den Oktoberereignissen 1917 erlebten und die mit dem Bruch der Traditionen, dem Verlust der Kontinuität der kulturellen Erfahrungen und der Zerstörung der Bande zwischen den Generationen zu tun hatten. Als Folge der Repressalien musste das Land massive soziale Erschütterungen über sich ergehen lassen. Außer den kolossalen Verlusten während des Bürgerkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges erlebte Russland eine ganze Reihe anderer Tragödien:

Die Verfolgungen von Vertretern religiöser Konfessionen;

die postrevolutionäre Auswanderung des gebildetsten Teils der Bevölkerung und die langjährige Diskriminierung jener Vertreter der vorrevolutionären Elite, die es vorzogen in Russland zu bleiben;

die Kollektivierung, die zahlreiche Opfer unter den deportierten und „entkulakisierten“ Bauern forderte und zur Zerstörung der individuellen Bauernwirtschaften führte, die seit Jahrhunderten die Grundlage der nationalen Wirtschaft gebildet hatten;

die mit der gewaltsamen Kollektivierung verbundene Hungersnot, die Millionen Menschenleben dahinraffte;

die Massenrepressalien, bei denen Millionen von Menschen getötet, ins GULAG geschickt, ihrer Habe beraubt und deportiert wurden.

1953 hat die Führung der UdSSR die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen eingeleitet. Sie wurde auf Antrag der Geschädigten sowie ihrer Angehörigen durchgeführt. 1955 bis 1962 händigten die Standesämter den Angehörigen der Hingerichteten auf Empfehlung der entsprechenden Behörden Sterbeurkunden mit frei erfundenen Daten bezüglich des Todesdatums und der Todesursache der Hingerichteten aus. Seit 1963 stellten die Standesämter Sterbeurkunden aus, in denen exakt das Datum der Erschießung angegeben war, unter „Todesursache“ aber einfach ein Strich gezogen wurde. Dabei wurden die Orte der Massenerschießungen und Massengräber nicht bekannt gegeben, die entsprechenden Papiere blieben geheim.

1987 wurde der Prozess der Rehabilitierung wiederaufgenommen. Bis dahin harrten in der UdSSR noch Millionen von Repressalienopfern ihrer Rehabilitierung. Am 28. September 1987 wurde die Kommission des Politbüros des ZK der KPdSU für zusätzliche Untersuchung der Unterlagen im Zusammenhang mit den Repressalien der 30er, 40er und Anfang der 50er Jahre gebildet. Am 4. Juli 1988 wurde die Verordnung „Über die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Gesetzlosigkeit und der Repressalien“ erlassen.

Am 16. Januar 1989 verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR den Erlass „Über zusätzliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die Opfer der Repressalien, die es im Zeitraum der 30er, 40er und Anfang der 50er Jahre gegeben hat“. Die außergerichtlichen Urteile der „Troikas“ und „besonderen Konferenzen“ sollten aufgehoben werden. Man unterstützte die Initiativen zur Errichtung von Denkmälern für die Opfer der Repressalien und zur Pflege ihrer Gräber.

Am 14. November 1989 und am 7. März 1991 wurden die Repressionen gegen die Völker, die gewaltsam umgesiedelt worden waren, für gesetzwidrig erklärt und aufgehoben. Am 13. März 1990 wurden die Repressalien der 20er bis 50er Jahre als gesetzwidrig qualifiziert, wobei die Rechte aller Opfer der politischen Repressalien wiederherzustellen waren.

1989 begann der massive Rehabilitierungsprozess. Die Orte der Massengräber wurden gefunden und bekannt gegeben, darunter Kuropaty, Lewaschowo, Butowo und Kommunarka. Es erschienen die ersten Bücher über die Toten und Vermissten im Zusammenhang mit den Repressionen.

Nach den Ereignissen vom August 1991 setzte die Regierung der Russischen Föderation das Rehabilitierungsprogramm fort und unterstützte es auch durch Rechtsakte. Grundsätzlich neu war die Anerkennung der Tatsache, dass es auch vor und nach Stalin politische Repressionen gegeben hat. Am 18. Oktober 1991 wurde das Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressalien“ verabschiedet, das bis heute Geltung hat. Es wurde der Tag des Gedenkens an die Opfer der politischen Repressalien am 30. Oktober installiert.

1992 gründete man Kommissionen zur Wiederherstellung der Rechte der rehabilitierten Opfer der politischen Repressalien und verabschiedete folgende Rechtsakte auf diesem Gebiet:

Verordnung des Obersten Sowjets der Russischen Föderation vom 22. Mai 1992 Nr. 2822-I „Über die Ereignisse in der Stadt Nowotscherkassk im Juni 1962“;

Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 10. Januar 1994 Nr. 65 „Über die Ereignisse in Kronstadt im Frühjahr 1921“;

Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 24. Januar 1995 Nr. 63 „Über die Wiederherstellung der legitimen Rechte der russischen Bürger: der ehemaligen sowjetischen

Kriegsgefangenen und Zivilisten, die während des Großen Vaterländischen Krieges und in der Nachkriegszeit repatriiert wurden“;

Erllass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 14. März 1996 Nr. 378 „Über die Maßnahmen zur Rehabilitierung der Geistlichen und Gläubigen, die Opfer unbegründeter Repressalien wurden“;

Erllass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 18. Juni 1996 Nr. 931 „Über die Bauernaufstände 1918 bis 1922“;

Verordnung der Regierung der Russischen Föderation vom 10. Oktober 1996 Nr. 1247 „Über die Errichtung von Gedenkkomplexen an den Grabstätten der sowjetischen und polnischen Bürger, die den totalitären Repressalien in Katyn (Gebiet Smolensk) und Mednoje (Gebiet Twer) zum Opfer fielen“.

Durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 7. November 1996 Nr. 1537 wurde der 7. November zum Tag der Eintracht und Versöhnung erklärt.

Unter den wichtigen Ereignissen nach 1996 ist die Rehabilitation der Mitglieder der Zarenfamilie im Jahre 2008 zu erwähnen.

Es erschienen Hunderte von Gedenkbüchern mit den Namen der Gemäßregelten, Tausende von Forschungen und Sammelbänden mit Dokumenten über die Repressionen, man stellte Gedenksteine und Denkmäler für die Repressalienopfer auf, man bearbeitete weiter die Archivunterlagen und richtete thematische Ausstellungen in Museen ein.

1991 bis 2014 wurden 3.510.818 Personen rehabilitiert. 264.085 Personen (Kinder der Gemäßregelten) wurden als politisch Gemäßregelte anerkannt und rehabilitiert.

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Föderalen Verfassungsgesetzes vom 21. März 2014 Nr. 6-FKS „Über die Aufnahme der Republik Krim in die Russische Föderation und die Bildung neuer Subjekte – der Republik Krim und der föderalen Stadt Sewastopol im Bestand der Russischen Föderation“ wurde der Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 21. April 2014 Nr. 268 „Über die Maßnahmen zur Rehabilitierung der Völker der Armenier, der Bulgaren, der Griechen, der Krimtataren und der Deutschen und die staatliche Unterstützung ihrer Wiedergeburt und Entwicklung“ herausgegeben, laut welchem ein Anstieg der Anzahl der Anträge von Vertretern dieser Völker auf die staatliche Dienstleistung zur Aushändigung von Bescheiden über die Rehabilitation von Opfern der politischen Repressalien zu erwarten ist.

In der Zeit seit 1953 ist der Rehabilitierungsprozess in Russland nicht abgeschlossen worden. Die genaue Zahl der gemäßregelten Personen bleibt unbekannt. Es gibt immer noch kein nationales Denkmal für die Opfer der politischen Repressalien. Die notwendige Arbeit zur Feststellung der Grabstätten der Repressalienopfer ist nicht geleistet worden. In einigen Regionen (Region Altai, Republik Komi, Republik Tatarstan, Gebiete Pskow, Samara u.a.m.) sind fast alle politisch Gemäßregelten namentlich in die herausgegebenen Gedenkbücher eingetragen worden. In einigen Subjekten der Russischen Föderation aber gibt es solche Bücher immer noch nicht. Unzulässig sind die fortdauernden Versuche, die Repressionen durch die Besonderheiten jener Zeit zu rechtfertigen oder sie als Fakt unserer Geschichte gänzlich zu negieren.

II. Allgemeine Thesen, Ziele und Aufgaben des vorliegenden Konzepts

Das vorliegende Konzept ist auf Grund der Bestimmungen entwickelt worden, die im Konzept der langfristigen sozialökonomischen Entwicklung der Russischen Föderation im Zeitraum bis 2020 enthalten sind. Bei der Erarbeitung des vorliegenden Konzepts berücksichtigte man die Bestimmungen der Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis 2020, die durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 12. Mai 2009 Nr. 537 „Über die Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis 2020“ bestätigt worden ist, der Strategie der staatlichen Nationalitätenpolitik der Russischen Föderation für den Zeitraum bis 2025, gebilligt durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 19. Dezember 2012 Nr. 1666 „Über die Strategie der staatlichen

Nationalitätenpolitik der Russischen Föderation für den Zeitraum bis 2025“, des Staatlichen Programms der Russischen Föderation „Entwicklung von Kultur und Tourismus“ für 2013 bis 2020, bestätigt durch die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation vom 15. April 2014 Nr. 315, sowie der Haushaltsbotschaft des Präsidenten der Russischen Föderation über die Haushaltspolitik 2014 bis 2016 sowie die Bestimmungen einiger Programmreden des Präsidenten der Russischen Föderation.

Das vorliegende Konzept beinhaltet die Hauptschwerpunkte, die Formen und Methoden der Maßnahmen zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien. Die wichtigsten strategischen Ziele des vorliegenden Konzepts sind folgende:

Entwicklung und Umsetzung einer effektiven Staatspolitik zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien sowie eines aktiven Patriotismus;

Schaffung notwendiger sozialer Voraussetzungen für die innovative Entwicklung des Landes, die auf der Grundlage eines aktiven Zusammenwirkens mit den Institutionen der Zivilgesellschaft zu gestalten sind;

Weiterentwicklung des intellektuellen und geistigen Humanpotentials.

Damit diese Ziele erreicht werden, müssen bei der Umsetzung dieses Konzepts folgende Aufgaben gemeistert werden:

Schaffung von Voraussetzungen für die Stärkung der moralischen Gesundheit der Gesellschaft, insbesondere durch die Herausbildung von Grundsätzen des aktiven Patriotismus in Partnerschaft mit religiösen und anderen Verbänden;

Schaffung von Voraussetzungen für einen freien Zugang der Bürger zu Archivadokumenten und anderen Unterlagen, die mit den politischen Repressalien verbunden sind, in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Rechtes der Russischen Föderation;

Aufbau einer Infrastruktur im Zusammenhang mit der Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien, die als Entwicklungsressource der jeweiligen Regionen zu nutzen ist;

Gewährung des Zugangs zu den Gedenkobjekten, die dem Andenken der Opfer der politischen Repressalien gewidmet sind, für die Bevölkerung;

Entwicklung von Bildungs- und Aufklärungsprogrammen zu diesem Thema.

Die Umsetzung des vorliegenden Konzepts muss in Übereinstimmung mit folgenden Prinzipien erfolgen:

Anerkennung der Kontinuität der historischen Entwicklung der Russischen Föderation;

Bewältigung der Tragik der Gesellschaftsspaltung, die die Ereignisse von 1917, den Bürgerkrieg und die massiven politischen Repressalien nach sich gezogen hat;

Notwendigkeit einer objektiven Analyse sowohl der Errungenschaften der Sowjetzeit als auch ihrer tragischen Kapitel, darunter auch der politischen Massenrepressalien;

Verurteilung der Ideologie des politischen Terrors.

III. Hauptschwerpunkte der Maßnahmen zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien

Im Rahmen der Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien werden folgende Maßnahmen geplant:

Memorialisierung, d.h. der Aufbau und Weiterentwicklung von Gedenkstätten an den Gräbern der Opfer der politischen Repressalien, die ihr Andenken verewigen;

Gewährleistung des Zugangs zu den Archivadokumenten und anderen Unterlagen, die mit der Problematik der politischen Repressalien verbunden sind, in Übereinstimmung mit dem Recht der Russischen Föderation;

Erarbeitung von Bildungs- und Aufklärungsprogrammen zu diesem Thema mit nachfolgender Aufnahme in die Unterrichtsprogramme der allgemeinbildenden Haupt- und Mittelschulen und in die Sendeprogramme des nationalen Rundfunks und Fernsehens;

Durchführung von Forschungen und Veranstaltungsreihen, die der Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien dienen;

Festigung der Basis der Museen, Archive, Bildungs- und anderen Einrichtungen, die in Archiven, Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten und anderen Einrichtungen Forschungs-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Zusammenhang mit der Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien leisten sowie die Jugend im patriotischen Geist erziehen;

Bemühung um die Unterbringung von Ausstellungen, die die Geschichte der Sowjetzeit widerspiegeln, in den entsprechenden musealen Einrichtungen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, die in Teil II des vorliegenden Konzepts dargelegt worden sind;

archäologische und wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Entdeckung der Grabstätten der Opfer der politischen Repressalien;

Aufbau eines gesamtnationalen Informationssystems für die Museen und Gedenkstätten, eines einheitlichen multimedialen Gedenkbuches sowie von Datenbanken zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien;

Gewährleistung des Zugangs zu den Archivunterlagen mit Berücksichtigung der Bestimmungen des Rechtes der Russischen Föderation;

Entwicklung von Lehrbüchern und Unterrichtsprogrammen.

IV. Etappen der Umsetzung des vorliegenden Konzepts

Die Umsetzung des vorliegenden Konzepts ist für den Zeitraum 2015 bis 2019 vorgesehen.

Im Rahmen der Umsetzung dieses Konzepts werden folgende Umsetzungsetappen angedacht:

Etappe I (2015 bis 2016): Die Umsetzung der Hauptmaßnahmen, die mit dem Aufbau der Museen- und Gedenkstättenkomplexe und der thematischen Ausstellungen zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien verbunden sind, sowie die Erarbeitung methodischer Unterlagen für die Entwicklung von Lehrbüchern und Lehrprogrammen, der Aufbau von Datenbanken, die Entwicklung von Buch-, Magazin- und audiovisuellen Produkten, die Durchführung von Forschungen, Konferenzen, Workshops und anderen Veranstaltungen;

Etappe II (2017 bis 2019): Die Vollendung der Arbeiten zur Umsetzung der wichtigsten Projekte auf dem Gebiet der Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien. Als besonders wichtig wird die Abschlussetappe angesehen, weil zwei Jahrestage in das Jahr 2017 fallen: der 100. Jahrestag der revolutionären Transformationen 1917, die die Spaltung der Gesellschaft und die immensen Bevölkerungsverluste nach sich gezogen haben, und der 80. Jahrestag der Ereignisse von 1937, als die politischen Repressalien gegen die zivile Bevölkerung ihren Höhepunkt erreichten. Der Abschluss der Maßnahmen zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien soll den Aufbau der Grundlagen für das weitere partnerschaftliche Zusammenwirken des Staates und der Zivilgesellschaft fördern.

V. Finanzielle Stützung der Umsetzung des vorliegenden Konzepts

Das vorliegende Konzept soll von Mitteln der entsprechenden Haushalte des Haushaltssystems der Russischen Föderation sowie aus außerbudgetären Quellen finanziert werden.

VI. Bewertung der erwarteten Effizienz und der Ergebnisse der Umsetzung des vorliegenden Konzepts

Durch die Umsetzung dieses Konzepts sollen folgende Ergebnisse erzielt werden:

Festigung des einheitlichen Kulturraums des Landes als Voraussetzung für den Erhalt der staatlichen Integrität Russlands mit seinen zahlreichen Völkern;

Schaffung günstiger Bedingungen für die sozialkulturellen, wissenschaftlichen und Bildungsaktivitäten;

Verbesserung des Zugangs der Bevölkerung zu den Dienstleistungen der Archive und Museen sowie zu den Informationen, die mit den politischen Repressalien verbunden sind, mit Berücksichtigung der Normen des Rechtes der Russischen Föderation;

Aktivierung der sozialökonomischen Prozesse, die zur Weiterentwicklung der Museen- und Gedenkstätteninfrastruktur auf föderaler und regionaler Ebene beitragen;

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit junger Fachleute im Bereich der Museumskunde, des Archivwesens und der Informationstechnologien;

Steigerung des Umfangs von nichtstaatlichen Ressourcen, die für diesen Bereich akquiriert werden.

Der Wirtschaftseffekt als Folge der Umsetzung des vorliegenden Konzepts soll erzielt werden durch die Akquisition zusätzlicher Investitionen im Rahmen der staatlich-privaten Partnerschaft. Der Aufbau der Museen- und Gedenkstätteninfrastruktur soll die Vielfalt des Pilger-, Erkenntnis- und Erlebnistourismus bereichern, die Frequentierung der Gedenkstätten erhöhen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Orientierung des vorliegenden Konzepts an Aufbau und Erhalt von Objekten des Kulturerbes soll erlauben, eine Erhöhung der zukünftigen Ausgaben für diese Zwecke zu verhindern.

Die Umsetzung des vorliegenden Konzepts soll erlauben:

Ein einheitliches Gedenkstättennetz zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien aufzubauen;

zu gewährleisten, dass die Investition öffentlicher Mittel in die Umsetzung der nationalen Politik zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien zweckgebunden, konsequent, kontinuierlich und unter Kontrolle erfolgt;

Bedingungen zu schaffen, dass die Werte, die der Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Russischen Föderation dienen, gestärkt werden;

innovative Informations- und Kommunikationstechnologien, die der Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien dienen, zu entwickeln und einzuführen.

Die Effizienz der etappenweisen Umsetzung des vorliegenden Konzepts wird bemessen an der Steigerung folgender Faktoren:

Anzahl der Gedenkobjekte (ständige Ausstellungen, monumentale Kunstwerke u.a.m.) zur Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien, Anzahl der geschaffenen Expositionen zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien;

Anzahl der geschaffenen Wanderausstellungen zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien;

Anzahl der Mitarbeiter von Einrichtungen aller Rechtsformen im sozialkulturellen Bereich, welche zusätzliche Ausbildung auf dem Gebiet der historischen Erinnerung genossen haben;

Anzahl von Veröffentlichungen in föderalen Printmedien und von wissenschaftlichen Studien zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien;

Anzahl von Bildungsprogrammen (Sendungen, Filmen) zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien, die erstellt und von föderalen Rundfunk- und Fernsehkanälen übertragen wurden;

Anzahl von sozialen Werbespots zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien, die erstellt und von föderalen Rundfunk- und Fernsehkanälen übertragen wurden;

Anzahl der Besucher der Internet-Ressourcen zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien;

Anzahl der durchgeführten wissenschaftlichen, kulturellen und Bildungsveranstaltungen zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien auf interregionaler, nationaler und internationaler Ebene;

Anzahl der Studenten, Doktoranden und jungen Forschern, die an den Olympiaden, Wettbewerben der Forschungsarbeiten, Konferenzen und Webinaren zum Thema Verewigung des Andenkens der Opfer der politischen Repressalien teilnehmen.